

## SOFTWAREPATENTE

# Hintergrund und Geschichte



Demo gegen Softwarepatente.

(Foto: openstuff.net)

**Unter luxemburgischer Präsidentschaft hat der Ministerrat die umstrittene Softwarepatent-Richtlinie bestätigt. Hier ein kurzer Überblick von Seiten der Patent-GegnerInnen.**

[www.ffii.org](http://www.ffii.org)

Ein Patent ist ein Recht, eine Erfindung zu monopolisieren. Ein angehender Erfinder gibt einen Bereich von Aktionen an, von denen er andere ausschließen möchte (die Ansprüche), und reicht diesen beim Patentamt ein, welches dann untersucht, ob diese Ansprüche eine Erfindung im Sinne des Gesetzes beschreiben und ob diese Erfindung ordnungsgemäß offengelegt und industriell anwendbar ist (formale Prüfung). Einige Patentämter untersuchen darüber hinaus, ob die Erfindung neu und nicht offensichtlich ist (materielle Prüfung). Wenn der Antrag die Hürden der Prüfung überstanden hat, erteilt das Patentamt dem Antragssteller für eine Periode von 20 Jahren die exklusiven Produktions- und Vermarktungsrechte für diese Erfindung.

Programmieren lässt sich mit dem Schreiben einer Symphonie vergleichen. Wenn ein Programmierer Software schreibt, verknüpft er tausende von Ideen (Algorithmen oder Rechenregeln) zu einem urheberrechtlich geschütztem Werk. Normalerweise werden einige dieser Ideen in der Arbeit des Programmierers nach den (von Natur aus niedrigen) Standards des Patent-Systems neu und nicht-offensichtlich sein. Wenn viele solcher Ideen patentiert sind, wird es unmöglich, Software zu schreiben, ohne Patente zu verletzen. Software-Autoren werden dadurch im Endeffekt ihres urheberrechtlich geschützten, geistigen Eigentums beraubt; sie leben unter der permanenten Bedrohung, von Besitzern großer Patent-Portfolios erpresst zu werden. Infolge dessen wird weniger Software geschrieben und weniger neue Ideen kommen auf.

Europa hat bereits einheitliche Regeln darüber, was patentierbar ist und was nicht. Diese sind festgeschrieben in dem Europäischen Patent-Übereinkommen von 1973. In Artikel 52 dieses Übereinkommens wird festgelegt, dass mathematische Methoden, Verfahren für gedankliche Tätigkeiten, Geschäftsmethoden, Programme für Datenverarbeitungsanlagen, die Wiedergabe von Informationen usw. keine Erfindungen im Sinne des Patentrechtes sind. Dafür gibt es einen systematischen Grund: In der Rechtsgeschichte galten

Patente für konkrete Anwendungen von Naturwissenschaften (technische Erfindungen), während Patente auf Software abstrakte Ideen abdecken. Wenn Patente auf Software angewandt werden, ist das Ergebnis, dass man, statt eine spezifische Mausefalle zu patentieren, alle "Mittel, Säugetiere zu fangen" (oder, mit einem existierenden Beispiel, alle Mittel, Daten in einer emulierten Umgebung einzufangen) patentiert.

1986 begann das Europäische Patentamt (EPA), Patente zu erteilen, die sich auf Computerprogramme richteten, aber als Prozessansprüche getarnt wurden, typischerweise folgendermaßen formuliert: "1. Vorgang [der Datenverarbeitung mit Universalrechnern], dadurch gekennzeichnet, dass ..."

Die Patente, die auf dieser Basis erteilt wurden, wurden als hypothetisch erachtet, da das Programm als solches, wenn es auf einem Datenträger oder über das Internet verteilt wurde, keinen Prozess erzeugte und keine Erfin-

dung war. Um diese Doppeldeutigkeit aufzulösen, unternahm das Europäische Patentamt 1998 den letzten Schritt in Richtung Patentierbarkeit reiner Software, indem es Programmansprüche erlaubte, d.h. Ansprüche mit folgendem Aufbau: "2. Computerprogramm[produkt], dadurch gekennzeichnet, dass [mit seiner Hilfe ein Vorgang gemäß Anspruch 1 ausgeführt werden kann]".

Bevor es diesen dreisten Schritt unternahm, hatte das EPA Unterstützung durch die folgenden Schlüsselfiguren des Europäischen Patent-Systems sichergestellt, im folgenden als "Europäisches Patent-Establishment" bezeichnet:

- die Patentamtsfunktionäre der Mitgliedsstaaten, die im EPO-Verwaltungsrat sitzen
- die Patentanwälte von großen Firmen, die im "Ständigen Beratenden Ausschuss beim EPA" SACEPO sitzen
- die Patentfunktionäre der Europäischen Kommission in der Abteilung Gewerbliches Eigentum der Generaldirektion Binnenmarkt, zu diesem Zeitpunkt unter Kommissar Mario Monti.

Das Europäische Patentamt hat in der Zwischenzeit mehr als 30.000 reine Software-Patente im Vorgriff auf die neue Gesetzgebung er-

teilt, und diese Zahl ist in jüngster Zeit um 3.000 pro Jahr gestiegen. Die meisten dieser Patente sind breit und trivial und unterscheiden sich maßgeblich nicht von den entsprechenden Patent-Typen, die die USA und Japan erlaubt haben. Tatsächlich haben die drei Patentämter im Mai 2002 einen gemeinsamen "Trilateralen Standard" für das Erteilen solcher Patente ins Leben gerufen, zusammengefasst unter dem neu geschaffenen Schlagwort "computerimplementierte Erfindungen". In einem Versuch, die in Europa aufkommende Kritik zu beruhigen, begann das Patent-Establishment später, Unterschiede in der Behandlung von "computerimplementierten Geschäftsmethoden" zu betonen. Jedoch sind auch diese Unterschiede unerheblich.

Im August 2000 startete die Europäische Patentorganisation, d.h. die zwischenstaatliche Organisation, die das Europäische Patentamt betreibt, einen Versuch, alle im Artikel 52 aufgeführten Ausschlüsse aus dem Europäischen Patentübereinkommen zu streichen. Wegen öffentlichem Widerstand, mit dem sie offensichtlich nicht gerechnet hatten, scheiterte dieser Versuch.

Im Jahr 2002 brachte die Generaldirektion Binnenmarkt der Europäischen Kommission (unter Montis Nachfolger Frits Bolkestein) den Vorschlag 2002/0047 für eine Richtlinie "über die Patentierbarkeit computerimplementierter Erfindungen" ein. (...) Am 24. September 2003 beschloss das Europäische Parlament als Ganzes (Vollversammlung), eine Anzahl an Änderungen in die Richtlinie einfließen zu lassen. (...)

Nach ein paar Monaten geheimer Verhandlungen produzierte die mit nationalen Patentamtsfunktionären besetzte Arbeitsgruppe "Working Party on Intellectual Property (Patents)" ein Kompromiss-Dokument, das alle begrenzenden Änderungen des Parlaments entfernte, den Kommissions-Vorschlag wieder hervorholte, zusätzlich Programmansprüche erlaubte (Art 5(2)), (...). Nach zweimaliger Bestätigung der Vorlage durch den Rat im Jahr 2004 wurde der Text im Februar diesen Jahres vom Europäischen Parlament abgelehnt. Statt weiter über faule Kompromisse zu verhandeln forderte das Parlament die Kommission auf, einen gänzlich neuen Vorschlag auszuarbeiten. Diese aber wandte sich an den Ministerrat, der am 7. März beschloss, dem Parlament den umstrittenen Text ein weiteres Mal vorzulegen.

**Förderverein für eine freie informationelle Infrastruktur**  
(Redaktion: woxx)

à leurs terres, sont bien souvent privés de la pompe à eau qui se trouve de l'autre côté du mur. L'eau est désormais contrôlée par les colons. Les Palestiniens, à qui on interdit la construction de nouveaux puits, sont alors contraints d'acheter l'eau aux Israéliens au prix fort. Le prix de l'eau a flambé de 80 pour cent.

Malgré les récentes réglementations, les produits exportés en Europe par Israël sont souvent produits par les colons sur des terres et avec de l'eau volées aux Palestiniens bien que présentés sous le label "produits d'Israël". Ceci fait désordre lorsque l'on sait que les accords économiques conclus avec l'Europe offrent des avantages à Israël en matière de taxes à l'importation. Force est de constater que le commerce se fait ici au détriment du respect des droits humains.

**Comité pour une Paix Juste au Proche-Orient**

## PALESTINE

# Dévastation et confiscation

**Depuis les manifestations sanglantes de 1976, le 30 mars est la journée de la Terre en Palestine. Elle est un symbole de la lutte contre l'expropriation et la colonisation de la terre palestinienne.**

La journée de la Terre ne peut être célébrée sans penser au désespoir de nombreuses familles palestiniennes. Malgré la condamnation de la Cour internationale de Justice de La Haye et de l'Assemblée des Nations Unies, la construction du Mur se poursuit et constitue un véritable drame pour la population palestinienne sur le plan social, économique, culturel et environnemental. A terme, ce mur qui sépare les familles, les paysans de leurs champs, les élèves de leur école et les malades de leur hôpital, mesurera 800 kilomètres. La population palestinienne est ainsi prise au piège entre les colonies toujours grandissantes, les routes réservées aux colons juifs, les check points militaires et le "Mur de l'Apartheid".

La propriété palestinienne continue à être remise en cause. Israël prétexte aujourd'hui une vieille loi ottomane qui stipule que les terres non cultivées pendant trois ans tombent dans le domaine public. Dès lors, Israël annexe les terres des propriétaires palestiniens qui ont interdiction d'y accéder. En Israël, une autre loi dit aussi que des terres nues sur lesquelles vous avez planté des arbres vous appartiennent au bout de deux ans. C'est ainsi que jaillissent les colonies juives en Palestine. Les collines palestiniennes peuplées d'arbres centenaires en bonne santé sont transformées en désert en une nuit sous la protection de milices armées ou de l'armée israélienne elle-même. Quelques mois plus tard, après avoir replanté quelques

arbres sur cette terre "nue", une nouvelle colonie juive s'approprie cette terre. Une terre perdue qui ne pourra plus nourrir les familles qui l'ont travaillée pendant des siècles.

Les colons détournent les puits d'eau, annexent les terres fertiles et enferment les Palestiniens à l'intérieur de murs et de clôtures. Les Palestiniens se retrouvent dépourvus de leurs moyens de subsistance, leur vie est détruite, la crise économique s'aggrave. C'est ainsi que toutes les conditions sont remplies pour réaliser un "transfert" de la population palestinienne, qui ne dit pas son nom.

Les Palestiniens vivent de la terre et de l'exportation de fruits et légumes. Or ceux qui aujourd'hui ont encore accès



(Cartoon: www.vrijsschrift.org)